

Grundsätzliches für die Anmeldung von Kundgebungen und Demonstrationen/ Umgang mit Rechtsextremen:

Vor einer Demonstration oder Kundgebung:

- Um zu verhindern, dass die Kundgebung oder Demonstration durch Parallelveranstaltungen gestört wird, solltet ihr den geplanten **Zeitraum bei der Anmeldung großzügig** angeben. Soll also eine Kundgebung von 17.00 bis 19.00 Uhr vor dem Rathaus stattfinden, so empfiehlt es sich bei der Anmeldung den Zeitraum von 15.00 bis 20.00 Uhr anzugeben. Jede andere Kundgebung auf dem Platz oder in unmittelbarer Nähe, die nach eurer Anmeldung angemeldet wird, wird dann als Störung eurer Kundgebung betrachtet und muss abgelehnt werden bzw. an einem anderen Ort stattfinden. Im günstigsten Fall könnt ihr diese Vorgehensweise vertrauensvoll mit den KollegInnen beim Ordnungsamt besprechen. Dies hat den Vorteil, dass diese sich nicht veralbert fühlen.
- Die Kundgebungen und Demonstrationen können für **mehrere Wochen/Monate im Voraus** angemeldet werden. So kann kein anderer Veranstalter euch zuvorkommen. Es gilt der Grundsatz, dass diejenige Veranstaltung zu genehmigen ist, die zuerst angemeldet wurde.
- Bei der Anmeldung können **genaue Angaben** darüber gemacht werden, **was auf einer Kundgebung oder Demonstration zugelassen wird und was nicht**. Dies kann allein der Anmelder bzw. die Anmelderin bestimmen. Es sollte also bei der Anmeldung gleich mit angegeben werden, dass ausländischer- und fremdenfeindliche, rassistische, sexistische sowie alle nicht zum Thema der Veranstaltung gehörende Äußerungen, in mündlicher, schriftlicher oder bildlicher Form nicht zugelassen werden. Es kann auch bestimmt werden, dass die Transparente und Fahnen nur eine bestimmte Größe haben dürfen etc.. Ihr solltet also bei der Anmeldung möglichst genau umschreiben, was zugelassen ist und was nicht.
- Bei den Vorgesprächen mit der Polizei muss der Einsatzleitung deutlich gemacht werden, dass die OrganisatorInnen darauf bestehen, dass Neonazis nicht an der Demonstration teilnehmen und dass die AnmelderInnen diese Forderung auch durchsetzen werden, sobald gegen die oben genannten Angaben verstoßen wird.
- Führt vor der Veranstaltung Interviews mit Lokalzeitungen, in denen ihr explizit erklärt, dass Neonazis auf der Demonstration nicht geduldet werden und begründet dies politisch
- Stellt auf den Mobilisierungsflugblättern klar, dass Neonazis sowie rassistische, antisemitische und revanchistische Inhalte auf der Kundgebung/Demonstration nicht geduldet und entfernt werden.
- Führt Vorabsprachen und politische Diskussionen mit den Ordnerinnen und Ordnern der Demonstration bzw. Kundgebung: Woran erkennt man Neonazis? Wie können Ordnerinnen und Ordner Neonazis von Demonstrationen fernhalten? Wen sucht man sich dafür als Verbündete? (Kolleginnen und Kollegen, antifaschistische Gruppen)
- Nehmt eindeutige Front- und Seitentransparente mit, in denen politische Position gegen Rechtsextreme Ideologie bezogen wird.

Während der Demonstration oder Kundgebung:

- Sollten nun doch Leute mit einem z.B. ausländerfeindlichen Transparent auf der Kundgebung erscheinen oder entsprechende Parolen grölen, so müssen diese Kundgebungsteilnehmer **von der Versammlungsleitung oder Ordnern aufgefordert werden, die Kundgebung zu verlassen**. Sollten sie sich der Anordnung der Ordner widersetzen, so ist die **Polizei verpflichtet, den Ordnern zu helfen**. Bitte beachtet, dass das Gewaltmonopol beim Staat liegt, also bei der Polizei, selbst wenn die unerwünschten Kundgebungsteilnehmer gewalttätig werden sollten, haben die Ordner nicht das Recht, gewalttätig zu reagieren, es sei denn, es handelt sich um Notwehr. Bitte lasst euch nicht provozieren und achtet darauf, dass die Veranstaltungen friedlich bleiben. Um im entscheidenden Moment handlungsfähig zu sein, ist es wichtig, möglichst viele Ordner zu benennen.
- Nehmt eurer Rechte als Veranstalter gegenüber der Polizei wahr. Bittet KollegInnen der GdP und/oder dem Rechtsschutz darum, euch während der Kundgebung bzw. Demonstration zu begleiten und bei Bedarf mit den PolizistInnen im Dienst zu sprechen. Wenn man vorher explizit erklärt hat, was auf der Demonstration bzw. Kundgebung geduldet wird und was nicht und dass Neonazis nicht teilnehmen dürfen, kann man Polizisten, die das ignorieren, beispielsweise mit Dienstaufsichtsbeschwerden etc. drohen. **Bitte beachtet, dass die Polizei nur dann eingreifen muss, wenn sich Demonstrations- bzw. KundgebungsteilnehmerInnen den Aufforderungen der OrdnerInnen widersetzen.**
- Kommt es während der Kundgebung/Demonstration zu ernsthaften Schwierigkeiten mit der Polizei, so **notiert euch möglichst detailliert die Vorgänge** (Ort, Zeit, beteiligte Personen, was ist passiert bzw. nicht passiert). Je genauer die Angaben umso besser können wir hinterher Konsequenzen einfordern und argumentieren.
- bittet KollegInnen von der GdP, euch zur Seite zu stehen und vermittelnd einzugreifen
- Diejenigen, die sich Neonazis in den Weg stellen, brauchen Unterstützung und keine Entsolidarisierung. Man kann sich Neonazis gemeinsam offensiv entgegen stellen und sie konsequent aus der Demonstration drängen.

Inhaltlich Position beziehen

In Redebeiträgen und Flugblättern deutlich machen, dass vom derzeitigen Sozialabbau Deutsche wie Nichtdeutsche gleichermaßen betroffen sind. Keine Spaltungen in Osis und Wesis oder Deutsche und Nichtdeutsche zulassen. Betroffen sind die Schwächsten der Gesellschaft gleichermaßen, Migrantinnen und Migranten sogar in besonderer Weise.

Generell sind die Reaktionen auf das Auftreten von Neonazis und extremen Rechten von Seiten der Organisatoren und örtlichen Aktiven von Unsicherheit, Hilflosigkeit, aber auch Verharmlosung und Ignoranz gekennzeichnet.

Jede unklare Haltung gegenüber rechten oder simplifizierenden Positionen in den Bündnissen gegen Sozialabbau ist eine Einladung an militante Neonazis und andere Vertreter der extremen Rechten.

Eine einfache Positionierung "gegen Sozialabbau" wird nicht ausreichen. Denn auch Nazis beteuern, gegen Sozialabbau und das herrschende System zu sein. Notwendig ist eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Kernpunkten rechtsextremer Ideologie. Es gilt die eigene emanzipatorische Position zu schärfen.

Die da oben

Die Kritik an der "Schwatzbude Reichstag" war bereits in der Weimarer Republik fester Bestandteil nationalsozialistischer Propaganda. Eine heutige Kritik an denen da oben, die sich bereichern und auf den "kleinen Mann von der Straße" keine Rücksicht nehmen, sollte dies beachten. Kritik sollte an konkreten politischen Entscheidungen geübt werden und nicht an einer imaginären "Politikerkaste"

Völkischer Rassismus

Nationalsozialistische Ideologie beruht auf der unterschiedlichen Wertigkeit einzelner sog. Völker und Rassen. Daraus folgt die Legitimation, dass Deutsche besser gestellt werden sollen. Sozialabbau richtet sich jedoch gegen Deutsche wie Nichtdeutsche. Ein arbeitsloser 43jähriger Kfz-Mechaniker mit türkischen Pass ist genauso betroffen von der Einführung von ALG II wie sein deutscher Kollege. Parolen wie "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" sind typische Forderung von Neonazis und haben auf einer progressiven Demo nix zu suchen. Es geht nicht um "ein Volk", sondern um die Interessen lohnabhängig Beschäftigter und Arbeitsloser. Auch einen positiven Bezug auf den Standort Deutschland überlässt man lieber dem Arbeitgeberverband.

Antisemitismus

Antisemitismus ist ein zentrales Element der nationalsozialistischen Ideologie. Er dient der Feindbildbestimmung und schafft Sündenböcke. Eine einseitige Kritik an den großen Konzernbossen, womöglich noch ausländischen, und ein Inschutznehmen des kleinen deutschen Unternehmers um die Ecke leistet einer antisemitischen Interpretation des derzeitigen Sozialraubs Vorschub. Dem schaffenden deutschen Kapital steht dann das raffende, ausländische Kapital entgegen. Neonazis behaupten dann schnell, dies komme von der amerikanischen Ostküste und sei fest in jüdischer Hand. Das Problem sind nicht ausländische Großkonzerne, sondern die kapitalistische Verwertungslogik.